



Zum Leipziger Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10
Pf.

62 Seiten

Ernst Thälmann

20 Pfennig

VOLKSREVOLUTION ÜBER DEUTSCHLAND

Rede, gehalten auf dem Plenum des ZK.
der KPD. vom 15. bis 17. Januar 1931

In der Rede sagte Thälmann u. a.:

Die ganze theoretische Krise der II. Internationale, ihre ideologische Fäulnis und ihr konterrevolutionärer Sumpf äußern sich am deutlichsten in ihrer Stellung zur Sowjetunion. Nehmen wir z. B. Herrn Kautsky. Trotzdem er selbst in den Reihen seiner eigenen Freunde nicht mehr ernst genommen wird, wagte er es, vor einigen Monaten ein Buch herauszugeben: „Der Bolschewismus in der Sackgasse“. Bezeichnend an diesem Buch ist die Tatsache, daß Kautsky selbst seinen eigenen Verrat an seinen früheren theoretischen Behauptungen darin feststellt. Ich will hierzu ein Zitat aus dem Buch herausgreifen. Es heißt dort:

„Ich war sehr überrascht, als mir gegenüber vor kurzem ein Parteigenosse seiner Begeisterung über die Sozialisierung der Landwirtschaft Ausdruck gab, die jetzt in Rußland vollzogen werde. Das sei eine der grandiossten Taten der Weltgeschichte. Und er vermeinte, ich müßte von der riesenhaften Umwälzung besonders beglückt sein, da ich doch seit jeher für den Großbetrieb in der Landwirtschaft als Ausgangspunkt ihrer Sozialisierung eingetreten sei. Durch diese Beglückwünschung fühlte ich mich einigermaßen kompromittiert.“

Was zeigt diese Stelle in dem Kautskyschen Buch? Einmal die Wirkung der grandiosen Entwicklung des sozialistischen Aufbaus auf die unteren Schichten der Sozialdemokratie, wie dies Kautsky hier selber zugeben muß, und zu gleicher Zeit zeigt dieses Zitat den tiefen Verrat Kautskys an seinen eigenen theoretischen Erkenntnissen aus der Vergangenheit. Er schämt sich dieser Vergangenheit, obwohl sie vom Standpunkt des konsequenten Marxismus sehr belastet ist, da ja Kautsky schon seit Jahren vor dem Kriege der Hauptvertreter des schwankenden Zentrismus war. Aber trotzdem fühlt er sich heute kompromittiert, wenn er an jene Vorkriegszeit erinnert wird, wo er noch nicht im Lager der offenen Konterrevolution stand.

Herausgegeben vom Zentralkomitee der KPD.

Im Zeichen des Niederganges

Zum Leipziger Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands



INTERNATIONALER ARBEITER-VERLAG
BERLIN C 25

Haben die Arbeiter von diesem Parteitag etwas zu erwarten?

Tausende sozialdemokratischer Arbeiter richten ihren Blick auf den am 31. Mai in Leipzig stattfindenden Parteitag. Manche, die zur Politik der Wels und Genossen stehen, erwarten, daß der Parteitag ihnen eine unumwundene Klarheit über die Politik der SPD verschafft, daß Tarnow einen Ausweg zeigen, daß die Panzerkreuzerpolitik sich doch als gerechtfertigt erweisen werde. Brünning sei doch das kleinere Übel, müsse der Parteitag zeigen, und der Faschismus werde doch durch die Politik der Sozialdemokraten verhindert. Der Parteitag soll ihnen ein Rezept geben, wie sie von dem Druck der Massenopposition frei werden. Wie sie den empörten Arbeitern sagen können, wie die Politik der SPD ihnen hilft, sie aus Not und Elend zu befreien. Hundertfach riefen die sozialdemokratischen Arbeiter in der letzten Zeit: Wir hoffen, die SPD, werde uns vom Kapitalismus befreien, werde uns den Weg des Klassenkampfes führen, Republik und Wirtschaftsdemokratie führen uns zum Sozialismus.

Andere wieder erwarten, daß die „Linken“, die neun oppositionellen Abgeordneten, auf diesem Parteitag auftreten und gegen die Politik des Parteivorstandes Sturm laufen werden.

Gewiß, die Auseinandersetzung mit den neun oppositionellen Abgeordneten, die mit der kommunistischen Fraktion gegen den Panzerkreuzer stimmen, wird auf diesen Parteitag eine besondere Rolle spielen. Aber das Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist schon voraussehen, die neun werden die gleiche erbärmliche Rolle spielen, wie damals die Opposition auf dem Kieler Parteitag. Die Seydewitz, Oettinghaus und Genossen werden vor dem Parteivorstand wehleidig zu Kreuze kriechen.

Das Ende wird dann ein Aufruf sein, den den Arbeitermassen erzählt, die Einigkeit der SPD, sei das oberste Gebot.

Aber von Jahr zu Jahr, von Kiel bis Magdeburg und von Magdeburg bis Leipzig, sind diese „Linken“ immer mehr und mehr auf die Theorie und Praxis des Parteivorstandes eingeschwenkt. Zwar hüllen sie sich noch in die Toga radikaler Redensarten, zwar erheben sie noch ab und zu das Schild ihrer ehemals anderen Einstellung, aber in der Praxis vollführen sie die gleiche Politik, wie der Parteivorstand in Berlin. Und wie die Reichstagsfraktion Brünning stützt, — angeblich, um den Faschismus zu verhindern, so stützen die „Linken“ die sächsischen reaktionäre Schleckerregierung, „um die Faschisten nicht in die Regierung zu lassen“.

Sollmann wird auf dem Parteitag die Abrechnung mit den Neun durchführen. Da die Neun keine grundsätzlich andere Stellung zu vertreten mögen wie der Parteivorstand, ist das Ende dieser Abrechnung schon klar, es wird eine elementare Niederlage für die Neun bedeuten. Aber

diese Abrechnung wird zugleich eine Abrechnung mit den sächsischen Sozialdemokraten, mit den Böchel und Konsorten, wird eine Abrechnung mit den sogenannten „Linken“ überhaupt werden.

Der Parteitag wird die Fortsetzung des Weges beschließen, den die Sozialdemokratische Partei von Kiel bis Leipzig gegangen ist. Diese vier Jahre sind kennzeichnend für die gesamte Entwicklung der SPD.

Auf dem Kieler Parteitag begründete und verkündete die SPD, die Wirtschaftsdemokratie. Systematisches Eindringen in den Staatsapparat und „Hineinwachsen in den Sozialismus“ war die Parole des Parteitages. Noch lag vor den Massen der Arbeiter nicht so offen die Tatsache, daß die Bourgeoisie wegen der sich rasch zuspitzenden Verhältnisse mit den Methoden der Demokratie nicht mehr weiter kommt, daß sie zu dem Mittel der brutalsten Diktatur greift. Das nutzte die SPD, in Kiel, um Illusionen auf dem Gebiete der Eroberung des Staates und der Wirtschaft zu schaffen und die bestehenden Illusionen zu verstärken.

Auf dem Magdeburger Parteitag sah es schon anders aus. Die Bourgeoisie verschärfte den Terror. Die herangewachsene Hitlerbande proklamierte im Auftrage der Bourgeoisie immer stärker die Einführung der faschistischen Diktatur. Die Wirtschaftskrise, die Verschärfung der Klassengegensätze, die Radikalisierung der Massen zwangen den Staatsapparat, sein demokratisches Mäntelchen immer mehr abzuwerfen, immer offener mit faschistischen Methoden gegen die Massen der Arbeiter, der hungernden Erwerbslosen vorzugehen. Die Bourgeoisie förderte tatkräftig die Nationalsozialisten, um eine Ablösung für die Sozialdemokraten vorzubereiten. Die letzte Garde des blutigen Unterdrückungsregiments wurde heraufgezüchtet. Die Politik der Sozialdemokraten, der Verrat der Interessen der Arbeitenden, der brutale Kurs gegen die revolutionären Massen förderte die Entwicklung des Faschismus. Angesichts dieser Lage ging es nicht mehr an, nur von Wirtschaftsdemokratie und Demokratie zu reden.

Wels hielt seine Rede zur Diktatur, und bombastisch erklärte er: „Wenn es in Deutschland eine Diktatur gibt, dann werden wir es sein, die die Diktatur durchführen.“

Leipzig steht im Zeichen der Bourgeoisiediktatur, im Zeichen des Notverordnungsregiments, der Herrschaft der Diktaturverordnung Hindenburgs. Aber nicht die Sozialdemokraten führen diese Diktatur, sie sind zwar überall als die ausführenden Organe eifrig bemüht, sich die Gunst ihrer bourgeoisien Auftraggeber zu erwerben. Sie führen als Bürgermeister, als Polizeipräsidenten und als Landesminister die Diktaturbestimmungen durch. Ja, Severing half eifrig mit, die Diktaturbestimmungen vorbereiten und ausarbeiten. Aber die Kommandanten, das sind der Zentrumskanzler Brüning und seine Stahlhelm- und Landbundministerkollegen. Das ist der Weg von Kiel bis Leipzig. Aus der Reichsregierung, deren stärkste Stütze die sozialdemokratischen Führer auch jetzt noch sind, flogen sie mit einem Fußtritt hinaus. Jetzt beginnt der Angriff auf die Preußenregierung. Von der stolzen Verkündung, die SPD, werde die Diktatur führen, ist nichts übrig geblieben als der Kampf darum, diese Diktatur gegen die Arbeiter auf einer Anzahl Futterkrippen mit durchführen zu dürfen.

Jawohl, der Weg von Kiel bis Hamburg ist bezeichnend. Und der Parteitag von Leipzig wird die Fortsetzung dieser Politik der schwächsten Reaktion beschließen.

SPD. und Wirtschafts-anarchie

Das Hauptreferat auf diesem Parteitag wird Tarnow halten. „SPD. und kapitalistische Wirtschafts-anarchie.“ Wird Tarnow den Arbeitern einen Ausweg zeigen? Wird er aufzeigen, wie die Arbeitermassen, wie die Millionen Erwerbslosen zu Arbeit und Brot kommen? Welchen Weg weist er den Arbeitern? Tarnow wird den Arbeitern wieder erzählen, man müsse weitere Opfer bringen, um die Krise zu überwinden. Wie oft forderten die sozialdemokratischen Führer schon Opfer — aber nicht von den Kapitalisten, sondern von den Arbeitern. Die sozialdemokratischen Führer, denen ständig die Lohn gekürzt wird, deren Unterstützungen man abbaut, die kaum das notwendigste zum nackten Leben haben, sie sollen noch weitere Opfer bringen, weil sie dann, Schritt für Schritt, mit Wirtschaftsdemokratie und Mitarbeit am Staat „in den Sozialismus hineinwachsen“. Geschmalzt mit Phrasen und verwässerten Bemerkungen über den Sozialismus, wird Tarnow die Theorie des „organisierten Kapitalismus“ erneut untermauern. Jene Theorie, die in der Praxis hundertfach Bankrott erlitten. Das Kernstück aber wird das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm sein. Jener Lakenlangzug Lelparis zu Hiedenburg, jenes Angebot auf Vierzigstundenwoche mit 16½ Prozent Lohnabbau, das wird es sein, was Weis, Tarnow und Genossen den Arbeitern als zu erkämpfende Errungenschaft empfehlen.

Jetzt Vierzigstundenwoche mit Lohnverzicht, das ist das Rezept, das man den Arbeitern empfiehlt; wenn ihr jetzt etwas mehr hungert, es wird euch dann, wenn wir die Krise überwinden, besser gehen.

Was haben nicht diese Sozialdemokraten den Arbeitern alles versprochen:

„Ruhe und Ordnung“, beginnen wir die Aufbauarbeit, „Der Sozialismus marschier!“ Das war die große Proklamation von 1918. Die Arbeiter glaubten den Reden. Sie gaben Ruhe. Aber marschier ist nicht der Sozialismus, es marschierte der Monopolismus, die Zusammenballung des Kapitals in immer weniger Hände. Die Inflation mit der Enteignung der kleinen Leute, der Arbeit für ein Pfund Margarine. Es marschierte die gesteigerte Ausbeutung und die Massenverwerbslosigkeit.

„Es lebe der Versailler Vertrag!“ — der ist neue Arbeit, neue Absatzgebiete. Das Ende war größere Massennot, größere Ausplünderung, der Hungerwinter. Da machten die sozialdemokratischen Führer den Arbeitern die Dawesdollarsonne. Jetzt müssen wir einige Opfer tragen, dann wird es besser werden. So schrien sie, nehmt den Dawespakt an, das ist Arbeit, Brot und Frieden. Arbeitet vorübergehend länger und billiger, dann werden wir den Absatzmarkt gewinnen und besseren Zeiten entgegengehen. So halfen sie dem Unternehmer, seine kapitalistische Rationalisierung durchzuführen. Den Arbeitern aber geht es immer schlechter.

Seid ihr den Youngplan, er erleichtert die Lasten. Er bringt neue Arbeit. Aber das Ergebnis für die Massen? Das Elend wächst, die Zahl der Erwerbslosen steigt.

Die Kapitalisten vollziehen ihre Restauration. Die Monopole und Aktiengesellschaften stecken hohe Gewinne ein. Die Profite stiegen. Aus Hunger, Not und Elend der Arbeiter mästeten sich die Kapitalisten. Aber die Arbeiter, kommunistische, parteilose und SPD-Arbeiter — sind zu Millionen arbeitslos. Leben von den Hungerpfennigen der Renten, von den Betteluppen der Wohlfahrtsfürsorge.

Das ist der Ausgang der Wirtschaftsdemokratie für die Massen.

Aber auf dem Leipziger Parteitag soll die Theorie und Praxis dieser Wirtschaftsdemokratie eine neue Auffrischung erfahren. Wieder werden die Töne klingen: die Position halten, Opfer bringen, die Krise überwinden. Aber diesmal heißt es nicht mehr, „mehr und billiger arbeiten“, sondern „weniger und billiger arbeiten“. Das zeigt die Zuspitzung der Krise.

Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß 1928 erklärten die Theoretiker der Sozialdemokraten, daß die Demokratie der Wirtschaft zum Sozialismus führe. Nur Geduld muß man haben. Der Kapitalismus ist zur Monopolisierung gezwungen. Dadurch entwickelt sich der Sozialismus zum Sozialismus. In der Entscheidung zur Wirtschaftsdemokratie, die auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß angenommen wurde, heißt es:

„Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus.“

Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher werdenden sichbaren Strukturwandlung des Kapitalismus. Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus.“

Der Kapitalismus „wächst in den Sozialismus“, so verkündete man hier. Und auf dem Kieler Parteitag 1927 gab Hilferding die Staatstheorie dazu, daß durch das „Hineinwachsen in den Staatsapparat“ der Staat für die sozialistische Wirtschaft erobert werde. Er erklärte dort:

„Unserer Generation ist das Problem gestellt, mit Hilfe des Staates der bewußten gesellschaftlichen Regelung dieser vom Kapitalismus organisierten und geleiteten Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln. Daraus folgt, daß das Problem, das unserer Generation gestellt ist, nichts anderes sein kann, als der Sozialismus.“

Aus diesen gelehrten und schleierhaften Sätzen kann jeder sich nehmen, was er will. Der einfache, revolutionäre Arbeiter in der SPD, wird als wesentlichsten Punkt den Schlußsatz nehmen, „daß unserer Generation das Problem des Sozialismus gestellt ist“. Er wird das wohl als ein Bekenntnis zum Klassenkampf aufzufassen haben. Er wird angenommen haben, daß jetzt dieser Kampf um den Sozialismus konkret und mit aller Entschiedenheit durchgeführt werde. Daß auch die SPD, den Kampf um höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, weniger Steuern, gegen die Wucherzölle beginne. Daß der entscheidende Kampf mit den Unternehmern herbeigeführt werde. Dabei hatte der sozialdemokratische Arbeiter die stille Hoffnung, daß dieser Kampf doch nicht so hart zu sein brähe, wie das die Konfessionisten ständig erklärten. Daß es auch ohne die gewaltsame Auseinandersetzung gehe. In Wirklichkeit aber bedeuteten die Ausführungen Hilferdings die vollständige Ablehnung des Klassenkampfes. Das Kapital konzentriert sich in wenigen Händen der Monopolkapitalisten, jetzt muß man es aus den Händen dieser in den Besitz des Staates überführen. Das wird getan, so tröstet die Führer der SPD, die Arbeiter, wenn die Massen reif sind, wenn sie richtig wählen. Wenn so der Kapitalismus zum „organisierten Kapitalismus“ sich entfaltet, wenn er sich zum Sozialismus entwickelt, dann bewegt er sich vorwärts, dann sind nur kleine organisatorische Verbesserungen notwendig, um allen Massen Arbeit und Brot zu geben. Das Zeitalter der „ununterbrochenen Prosperität“ bricht an. Ueber ein Jahr lang verwies man die Arbeiter auf Amerika. Dort haben die Arbeiter hohe Löhne, Wohnungen, Automobile und immer Arbeit. Der Fordismus wurde

die neue Heilslehre, die den Marxismus erledigt habe. Karl Marx wurde in allen Tonarten abgeschworen.

Im Oktoberheft der „Gesellschaft“ von 1929 schrieb Otto Brauntal:

„Marx glaubt, daß sich die Spannungen zwischen den Produktionskräften und den Produktionsverhältnissen durch fortschreitende Verschärfung der Wirtschaftskrisen erhöhen werden und daß die Klassen-spannung durch die Verelendung der Arbeiterschaft verschärft wird. . . Aber die Annahme von Marx hat sich nicht bestätigt. . . Es läßt sich kaum mehr sagen, als daß die Krisen in verschiedenen langen Intervallen aufeinander folgen, andererseits können auch die starken Kräfte, die auf eine Milderung der Konjunkturschwankungen hinweisen, nicht übersehen werden. Und es ist kennzeichnend für den Wandel der Verhältnisse, daß das Proletariat weit davon entfernt ist, auf eine Verschärfung der Krisen seine Hoffnung zu setzen, mit aller Energie die innerwirtschaftlichen Kräfte verstärkt, die auf eine Abschwächung der Konjunkturausschläge hinarbeiten.“

Brauntal bestreitet, daß sich der Kapitalismus in einer chronischen Niedergangsbewegung befindet. Die Krisen kann er nicht gut bestreiten, aber er erklärt: „diese Krisen sind nicht mehr so tief wie früher“.

Deswegen wächst auch nicht so die Verelendung der Massen, deswegen haben die Arbeiter kein Interesse an der Verschärfung der Klassen-spannungen. Nicht Sturz des Kapitalismus durch die proletarische Revolution, nicht Verschärfung des Kampfes durch Streikbewegungen, durch politischen Massenstreik. Nicht Störung der kapitalistischen Entwicklung — sondern Mitarbeit an der kapitalistischen Restauration, denn dann entwickelt sich der Kapitalismus zum Sozialismus“. Das erzählen die Sozialdemokraten den Arbeitern, während die gewaltige Weltwirtschaftskrise sich entwickelte, während eine 30-Millionen-Armee der Erwerbslosen heranwuchs, in Anbetracht der Tatsache, daß die Kapazität der Produktionsanlagen und Arbeitskraft nur um 50 bis 60 Prozent ausgenutzt wurden. Das erzählen sie auch heute noch, wo die Krise des Kapitalismus sich in der ganzen Welt vertieft, die Gegensätze des Imperialismus anwachsen, die Gefahr eines Interventionskrieges auf der Tagesordnung steht.

Noch weiter gingen die Austromarxisten. Sie schrieben, daß der organisierte Kapitalismus die freie Konkurrenz beseitige, daß überall Planwirtschaft eingeführt werde.

Eine sehr sonderbare Planwirtschaft, wo Millionenmassen hungern und frieren, nicht das notwendigste zu ihrem Lebensunterhalt haben und auf der anderen Seite die Maschinen stillgelegt werden, weil Warenüberfluß ist. In Amerika lagen Millionen Tonnen Weizen auf Lager. Mit Getreide heizt man die Dampfkessel der Maschinen. In Brasilien lagen zwei Millionen Sack unverkauften Kaffees, auf den Halden an der Ruhr 11 Millionen Tonnen Kohle, in Frankreich 3 Millionen Tonnen. Japan erstickt im Überfluß an Seide, Argentinien in Baumwolle.

Auch die „Linken“ in Deutschland vertreten in vollem Umfang die gleiche Theorie, diese Theorie vom „organisierten Kapitalismus“.

In der „Leipziger Volkszeitung“ vom 4. Januar 1930 schrieb Leichter:

„Es ist eine ökonomische Revolution, die wir durchleben: die kapitalistische Zusammenballung zu Riesenunternehmen, wie man sie vor zwei Jahrzehnten noch nicht einmal in kühnen Zukunfts träumen zu

schaufen gewagt hätte; wirtschaftliche Mammutgebilde, in denen planmäßige Wirtschaft schon auf weite Basis möglich wird.“

Jeder Arbeiter aber in Deutschland fühlt nicht nur täglich die Vertiefung der Wirtschaftskrisen, deren Umschlagen in die politische Krise die Verschärfung der Klassengegensätze, die revolutionäre Krise in Deutschland, sondern er sieht auch, wie der Konkurrenzkampf innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung weiter tobt, wie im Kampf der Konkurrenz jeden Tag neue Unternehmer und Schichten vernichtet werden.

Jahre vor dem Krieg schrieb Kautsky, der jetzt zu den Begründern der Theorie der „friedlichen Entwicklung“ gehört, auch noch anders. In seiner Broschüre: „Der Weg zur Macht“ schrieb er:

„Was dem „Reformisten“ als das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus erscheint, ist nur das Wachstum an Kraft der beiden gegensätzlichen Klassen, die einander in unüberbrückbarer Feindschaft gegenüberstehen. . . .“

Schon Karl Marx widerlegte die Theorie des organisierten Kapitalismus und die Behauptungen, daß dieser die Konkurrenz aufhebt. In „Das Elend der Philosophie“ schrieb er:

„In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz. Monopole und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten.“

Und Friedrich Engels schreibt:

„Auf der anderen Seite kann das Monopol den Strom der Konkurrenz nicht aufhalten, ja, es erzeugt die Konkurrenz selbst. . . .“

Diese Lehre der Altmeister des Marxismus wird jeden Tag vom praktischen Leben bestätigt. Diese Lehre, die auch von Lenin unterstrichen und fortentwickelt wurde. Lenin erklärt:

„Der Imperialismus ist die Fortsetzung der Entwicklung des Kapitalismus, sein höchstes Stadium. . . . In Wirklichkeit gestaltet der Imperialismus den Kapitalismus nicht von Grund auf um, und kann es auch nicht. Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er verknüpft die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. beseitigen, kann der Kapitalismus nicht. . . .“

Die Sozialdemokraten aber behaupten das Gegenteil. Sie erklären, daß Imperialismus hebe den Kapitalismus auf, — gestalte ihn von Grund auf um.

Das Leben, jede tägliche, den Arbeitern vor Augen tretende Erscheinung bestätigt den Bankrott der Theorie der Sozialdemokraten. Bankrott ist ihre Theorie des Fordismus. Amerika hat keine „ununterbrochene Prosperität“, sondern eine tiefgehende Krise. Sieben Millionen Erwerbslose, Tausende von stillgelegten Betrieben, einige gewaltige Bank- und Börsenkrachs.

Auf dem Parteitag aber werden die Sozialdemokraten versuchen, die unmarxistische bankrotte Theorie neu aufzuführen. Diese falsche Theorie aber bedingt die konterrevolutionäre Praxis im Wirtschaftskampf. Die Unterstützung der Lohnrauboffensive der Unternehmer, die Handhabung der Schlichtungsfessel für die Kapitalisten, die blutige Niederknüpfung jeder Streikbewegung.

Vom „Eindringen in den Staatsapparat“

Wie auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, so werden die Sozialdemokraten auch auf dem Gebiete der Staatstheorie und der Praxis von der „Eroberung“ des Staatsapparates auf dem Leipziger Parteitag alle Minen springen lassen um die ebenso bankrotte Theorie von dem „Eindringen in den Staatsapparat“ aufzufrischen und den Massen erneut schmuckhaft zu machen. Die offensichtliche Krise des Kapitalismus können die sozialdemokratischen Führer nicht mehr abstreiten. Ja, in Breslau ging jetzt Lobe soweit, vor den radikalen Breslauer Arbeitern zu erklären, die jetzige Krise sei die Endkrise des Kapitalismus. Aber, so betonte er, in Deutschland sei die Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus nur auf dem Wege der Demokratie möglich.

In der Auseinandersetzung gegen die Neun wird die Theorie des „Hineinwachsens in den Staatsapparat“ eine besondere Rolle spielen. Was wollt ihr an die Stelle der Brüningregierung setzen? Seht, wie wir in der „starken Position“ Preußen „den Faschismus verhindert“ haben. Stimmt mit den Forderungen der Brüningregierung nicht zu, dann kommen die Faschisten an die Regierung. Das sind die Argumente, mit denen die Solmann und Wels gegen die Seydewitz auftreten werden. Und die Seydewitz und Genossen werden sich drehen und wenden, aber sie werden einer klaren Antwort ausweichen. Denn die Antwort könnte nur sein: Die revolutionäre Politik vertreten, wie sie unter der Führung der KPD, jetzt in Deutschland geführt wird. Streikbewegungen gegen den Unternehmer, revolutionäre Demonstrationen und den politischen Massenstreik organisieren, einleiten und durchführen. Jedoch diese Konsequenz wollen und können die Seydewitz nicht ziehen. Vor dieser Konsequenz schrecken sie zurück und deswegen ist das Schicksal der Neun auf dem Parteitag schon besiegelt. Die Arbeitermassen aber müssen sich fragen und sehen: was ist denn aus all den Versprechungen geworden? „Der Sozialismus marschiert“, „die SPD, in der Regierung verhindert die Reaktion“. — Die SPD, ist heute die stärkste Stütze der reaktionären Brüningregierung. Die sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten führen die reaktionäre Politik der Niederknüppelung jeder freiheitlichen Regierung des Proletariats brutal durch. Nicht Vertreter des Proletariats zur „Eroberung des Staatsapparates“ aus den Händen der Kapitalisten sind diese Minister, Polizeipräsidenten, Regierungsräte, Amtshauptleute und Bürgermeister, sondern Diener der Kapitalisten und des kapitalistischen Staates, die jetzt gegen die Arbeiter alle die Mittel und Methoden anwenden, die früher die Bismarck und Jagow gegen die revolutionären Arbeiter angewandt haben. Nur, daß sie diese Methoden anders drapieren, daß sie den Arbeitern erzählen, daß das, was unter Bismarck auch von diesen Führern als Verbrechen am Proletariat gebrandmarkt wurde, jetzt auf einmal im Interesse des Proletariats liege. Wenn der Polizeiknüppel auf die Erwerbslosen niedersaut, wenn demonstrierende Arbeiter erschossen werden, wenn man die gegen den Lohnabbau streikenden Arbeiter mit den Gewehrkolben in die Betriebe prägt, dann verkünden die Stamper, Solmann, Wels und Konsorten, daß sie im Interesse des Vormarsches des Proletariats zum „Eindringen in den Staatsapparat“ und zum „Hineinwachsen in den Sozialismus“.

Systematisch arbeiten die Führer der Sozialdemokraten daran, den Arbeitern einen Irrglauben an den Staat beizubringen, und diesen Irrglauben zu erhalten. Sie stellen den Staat als eine über den Klassen stehende neutrale Macht hin, und verschleiern den Klassencharakter und täuschen die Arbeiter. Um sie vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten, erhält man den Aberglauben an den Staat, von dem Friedrich Engels im Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ sagt:

„Es war aber nötig, hier nochmals kurz auf einige Züge einzugehen, weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat, — sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestellten Bedienen.“

Diese Worte Engels sind die schärfste Kritik an der ganzen Staatstheorie der Sozialdemokraten, die den Aberglauben an den Staat in den Massen aufrecht erhalten und damit den Staat als Machtinstrument der herrschenden Klasse stärken und stützen. Der Staat steht nicht über den Klassen, sondern „die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“, so sagt Karl Marx im kommunistischen Manifest.

Der Staat ist kein Instrument der Versöhnung der Klassengegensätze, wie das die sozialdemokratischen Führer den Massen erklären. Er ist vielmehr aus der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze entstanden. Er ist ein Organ der Klassenherrschaft. Friedrich Engels sagt über die Entstehung des Staates:

„Er ist vielmehr das Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einem unlöslichen Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist.“

Der Staat ist eine öffentliche Gewalt, die nach Engels notwendig geworden, weil durch die Spaltung in Klassengegensätze „eine selbständige Bewaffnung der Bevölkerung unmöglich geworden“. Der Staat ist mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden, erklärt Engels und deswegen „ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschenden Klasse wird, und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. Und je weiter die Entwicklung fortschreitet, je mehr die Klassengegensätze zunehmen, um so mehr erhält die Staatsmaschine den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft“.

(Karl Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“.)

Nun erklären die sozialdemokratischen Führer den Arbeitern: Ja, früher unter der Monarchie, da mochte das richtig sein, aber jetzt nach der Novemberrevolution von 1918 ist das etwas anderes. Jetzt haben wir eine „Demokratie“, die Republik, jetzt können die Arbeiter in den Staat hineinwachsen, die Positionen besetzen. Aber auch diese Täuschung haben die Altmeister des Sozialismus, Marx und Engels beantwortet. Es ist, als hätten sie die Wels und Seevering, die Scheidemann und Hüfner vorausgesehen, als sie schrieben:

„Man glaubt schon, einen gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei macht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere und zwar in der demokratischen Republik nicht anders als in der Monarchie.“ (Engels Vorwort zum „Bürgerkrieg“).

Und Karl Marx schreibt den Propheten der „sozialen Republik“ ins Stammbuch, „daß die soziale Republik nichts weiter bedeutet als die soziale Unterdrückung durch die Republik“, und zwar, weil die Trennung, die innerhalb der bürgerlichen Herrschaft bestand, die Schranken, die der monarchistischen Herrschaft auferlegt waren, verschwanden, die verschiedenen Gruppen der herrschenden Klassen weniger getrennt waren.

„Die Schranken, die unter früheren Regierungen die inneren Spaltungen einer Klasse der Staatsmacht noch auferlegt hatte, waren durch die Vereinigung jetzt gefallen. Angesichts der drohenden Erhebung des Proletariats benutzte die vereinigte Klasse jetzt die Staatsmacht rücksichtslos und frech, als das nationale Kriegshandwerkzeug des Kapitals gegen die Arbeiter.“

Tritt nicht heute jeden Tag der Staatsapparat als Kriegsmaschine gegen die Arbeiterklasse auf? Ist nicht bei der Verschärfung der Klassengegensätze immer klarer ersichtlich, daß dieses Kriegsinstrument gegen die Arbeiter immer brutaler auftritt. Das Leben bestätigt die Richtigkeit der Feststellungen von Karl Marx:

„Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt der Klassenkämpfe bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offener und offener hervor.“

Und aus dem Charakter des Staates als Unterdrückungsmaschine einer Klasse durch die andere, ergibt sich auch, daß die Arbeiterschaft nicht in den „Staat hineinzuwachsen“ vermag, sondern:

„... die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.“

Die Arbeiterklasse kann „nicht fortwirtschaften mit der alten Staatsmaschine, ... um nicht ihrer eigenen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehen ... sie muß die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Staatsmaschinerie beseitigen.“ (Friedrich Engels). Und den Weg auf dem die Arbeiterschaft dies muß, zeigen Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“:

„Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichnen, verfolgen wir die mehr oder minder versteckten Bürgerkriege innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er zu einer offenen Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.“

Das ist der Weg der proletarischen Revolution, der Pariser Kommune, der Sowjetunion. Das ist der Weg zum Sozialismus, dessen Übergangsperiode die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist.

Der Weg der SPD-Führer aber, das „Hineinwachsen in den Staat“, hat die Macht der Kapitalisten gestiftet, die wenigen geringen Errungenschaften der Novemberbewegung den Arbeitern wieder geraubt und über die proletarischen Massen die Herrschaft der faschistischen Diktatur errichtet. Bankrott ist auch diese Staatstheorie. Die Weis und Müller, die

den Arbeitern sagten, sie ziehen aus, um „in den Staat einzudringen“, sie erhielten von der Bourgeoisie einen Fußtritt, das Regiment führt der Zentrumsmann Brüning, Stahlhelm-Treviranus und Landbund-Schöle. Die sozialdemokratischen Führer sind ergebendste Träger dieses Systems des Steuerraubes, des Zollwuchers, dieses gesamten Hunger- und Notregiments.

Auf dem Leipziger Parteitag aber werden die sozialdemokratischen Führer ihren bisherigen Weg als einen Erfolg preisen, den man weiter verfolgen muß. Schon hat Naphtali in Leipzig vor den Funktionären der SPD den Weg gezeigt. Es sei jetzt notwendig, alles zu tun, um die Krise zu überwinden. Dazu müsse man Brüning unterstützen, sonst werde die Demokratie bedroht.

Das was Naphtali hier erklärt, ist die konsequente Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Staatspolitik, ist die ungehemmte Unterstützung der Durchführung des Faschismus in Deutschland.

Die Politik des kleineren Übels der Panzerkreuzersozialismus

Das praktische Ergebnis der Mitarbeit am Staat nennen die sozialdemokratischen Führer die Politik zur „Verhinderung des Faschismus“ und die Unterstützung der reaktionären Brüningdiktatur ist die Politik des „kleineren Übels“. Schlag auf Schlag wurden die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten abgebaut. Der Mittelstand geht zugrunde. Der arbeitende Bauer wird von Haus und Hof vertrieben. Die Erwerbslosenversicherung wurde ständig verschlechtert, die Sozialfürsorge reduziert. Die Not wächst, die Löhne sind gesunken, der Zollwucher blüht, die Brotpreise steigen, das ist das Ergebnis der Politik des „kleineren Übels“. Die arbeitenden Massen sind belastet mit Einkommensteuer, Bürgersteuer, Ledigensteuer, Getränkesteuer, Mietszinssteuer, neue Verschlechterungen sind geplant, neue Massenbelastungen sind vorgesehen. Die Unternehmer beginnen die zweite Welle des Lohnraubs, — durch Notverordnungen soll die Erwerbslosenunterstützung abgebaut, die Sozialrente gekürzt werden, 20 Prozent Lohnabbau ist das neue Ziel der Unternehmer — die SPD-Leipzig baute die Wohlfahrtsunterstützung um 10 Prozent ab. Das ist die Politik der deutschen Bourgeoisie, die Politik Brünnings. Politik für das Kapital, rücksichtslose Politik gegen die Arbeiter, das ist die Politik, die die SPD-Führer unterstützen und die dazu führt, die Durchführung des Faschismus in Deutschland zu ermöglichen. Außerparlamentarisch unterstützen die SPD-Führer den Lohnabbau, die Niederknüttelung jeder revolutionären Demonstration, die Rechtfertigung jeder Mordtatsache gegen die Arbeiter, die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten verbieten die Versammlungen der Arbeiter, schicken ihre Polizei gegen Demonstrationen, verbieten die Zeitungen der revolutionären Arbeiterschaft, wenn diese gegen das Hunger- und Terrorregiment auftreten.

Die SPD-Führer traten ein für die Diktaturverordnung der Brüning-Regierung. Für diese ungeheuerlichen steuerlichen Belastungen, sie sprachen der Hungerregierung Brüning ihr Vertrauen aus. Oft, sehr oft versichern die SPD-Führer den Arbeitern — wenn wir erst im Reichstag die Mehrheit haben, dann werden wir die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Jetzt nach dem Auszug der Faschisten aus dem Reichstag hatten sie mit den

Kommunisten die Mehrheit, jetzt aber erklärten sie, die Mehrheit sei gar keine Mehrheit. Oh doch, von den über 400 im Reichstag verbliebenen Abgeordneten hatten die Kommunisten und Sozialdemokraten mehr als 200. Aber, so erklärten die Sozialdemokraten, die Brüningdiktatur wird errichtet, der Reichstag nach Hause geschickt, die Faschisten werden in die Regierung einrücken. Mit dieser Begründung stimmten die Sozialdemokraten für den reaktionären Brüningetat, lehnten sie alle Forderungen für die Arbeiter ab, den verunglückten Bergarbeitern, oder den Hinterbliebenen der Geflühten besondere Hilfe zu gewähren. Sie stimmten gegen Wochenhilfe und Blindenrente, gegen 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, gegen das Verbot der Betriebsbeschränkungen und der Massenentlassungen. Sie lehnten die Mittel für Arbeitsbeschaffung ab und verweigerten selbst eine einzige Million RM. zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Sie stimmten gegen die Winterhilfe für Erwerbslose, ja selbst gegen die Aufhebung des Remarque-Film-Verbots. Sie stimmten gegen die Aufhebung des § 218 und gegen die Haftentlassung. Frau Dr. Kienle. Sie gaben dem Finanzminister Dietrich die Ermächtigung, 500 Millionen aus dem Sozialetat zu streichen. Sie sprachen Schiele das Vertrauen aus, gaben ihm die Zollermächtigung und halfen damit zur Brotpreiserhöhung. Sie bewilligten Gelder für die faschistische Polizei in Thüringen und Braunschweig, sie bewilligten die Schlichtungsdiktatur und die diesbezügliche Notverordnung Hindenburgs. Sie stimmten für 700 Millionen Reichsmark für den Wehretat und ermöglichten den Panzerkreuzerbau. Das ist die Politik des „kleineren Übels“. Die Politik des größeren Übels für die Massen, die Schrittmacherpolitik für den Faschismus. Das ist das Pfand, das die SPD-Führer nach Leipzig bringen, auf den Parteitag derer, die Heber zehnmal mit Groener als einmal mit den revolutionären Arbeitern gehen.

Das ist die Politik des Rentenraubs an Arbeits- und Kriegsoffern. Die Politik der Schulreaktion und des Kulturfaschismus, der Konkordate und der Bibelsche.

Antimarxistisch — konterrevolutionär und arbeiterfeindlich, das ist die Politik der Sozialdemokratie.

Die Notverordnungs-diktatur

„Verhinderung der faschistischen Diktatur“ das ist das Schlagwort, mit dem die sozialdemokratischen Führer die Massen ködern. Aber unter dieser Parole bereiten die sozialdemokratischen Führer selbst die Diktatur der Hindenburgverordnung vor. Das Ergebnis ihrer Politik ist der Zivilbelagerungszustand der Hindenburgverordnung. Diese Diktaturverordnung hebt die persönliche Freiheit auf, beseitigt das Briefgeheimnis, die wenigen Schutzrechte für die Wohnung, knebelt die revolutionäre Presse und die Versammlungs-, Vereins- und Demonstrationstätigkeit. In Auswirkung und Bedeutung wird das Sozialistengesetz übertroffen. Während die SPD-Führer den Arbeitern sagten, durch die Politik des „kleineren Übels“ solle die Diktatur verhindert werden, arbeitete Severing an der Diktaturverordnung. Auf die Initiative dieses Sozialdemokraten wurden die Innenminister zusammenberufen und die Basis dieser Diktatur ausgearbeitet.

Als das Sozialistengesetz durch Bismarck verkündet wurde, erklärte dieser, „man werde das Gesetz loyal handhaben“. Auch Severing erließ

einen solche Bekanntmachung, aber Schönfelder verhängte in Hamburg den Belagerungszustand und ließ Arbeiter erschießen. Im Rheinland wurden auf Grund der Diktaturverordnung drei Arbeiter erschossen. Die revolutionäre Presse wird verboten.

„Wir retten die Demokratie“, schrien die sozialdemokratischen Führer, „wenn wir anders handeln, dann schickt Brüning den Reichstag nach Hause und regiert mit der Diktatur.“

Dann stimmten die sozialdemokratischen Führer selbst für die Vergebung des Reichstags und gaben Brüning die Hand frei für die Diktatur. Sie gaben freie Hand für die schon vorbereitete Notverordnung zum weiteren Raub an den Erwerbslosen und Sozialrentnern, für den weiteren Lohnabbau.

Die krasseste, sich ständig verschärfende Diktatur, das ist das Ergebnis der SPD-Politik. Waren die Argumente der SPD-Führer auf einem Gebiet ehrlich gemeint, dann sind sie auch auf diesem Gebiet Bankrotteure.

Aber die Politik die die SPD-Führer betreiben, ist die Politik des Sozialfaschismus. Sozialistische Worte und reaktionäre faschistische Taten. Das ist die Politik des schändlichen Arbeiterverrats. Das ist die Politik, die den Faschismus vorbereitet und durchführt. Die Diktaturverordnung findet nur Anwendung gegen die revolutionären Arbeiter. Als in Preußen einige Polizeigruppen sie gegen den Stahlhelm anwandten, wurde dies von Severing sofort aufgehoben. Das kennzeichnet die Politik der Partei dieses Parteitages.

Die Antisowiethetze

„In Rußland wird nicht der Sozialismus verwirklicht“, „der Bonapartismus marschiert“, „die Sowjetwirtschaft kracht zusammen“, „die Arbeiter hungern“, „Millionen Erwerbslose in Sowjetrußland“, „Zwangsarbeit in Rußland“, „keine Verwirklichung des Fünfjahresplans“, das waren die Schlagworte der SPD, zur Sowjetunion. Der Fünfjahresplan marschiert seiner Vollendung entgegen, weit sind die gesteckten Ziele überholt. Sowjetrußland ist in die Phase des Sozialismus eingetrückt. Es gibt keine Erwerbslose mehr. Das Sowjetsystem steht fester als je zuvor. Die Märchen von der Zwangsarbeit und vom Hunger sind hundertfach widerlegt. Auch die sozialdemokratischen Führer vermögen ihre plumpe und dumme Hetze nicht mehr zu verstellen. Sie müssen die Erfolge zugestehen. Aber um so lauter schreien sie, diese Erfolge seien auf Kosten der Freiheit der Arbeiter, der Zwangsarbeit und der Not erreicht. Nach wie vor erklären sie, der Fünfjahresplan werde sich nicht erfüllen lassen und es entwickle sich in der Sowjetunion der Kapitalismus. Aber es geht vorwärts und aufwärts im Sozialismus. Die Bourgeoisie der ganzen Welt muß diese Festigung und den gewaltigen Aufstieg anerkennen. Während die ganze kapitalistische Welt von der Krise erschüttert wird, vernachlässigt Sowjetrußland noch Aufträge an das Ausland zu vergeben. Die Bourgeoisie möchte den Vormarsch hemmen, möchte die Sowjetunion niederbringen.

Die SPD, steht im Lager der Kriegsbetzer. Sie, die in ihrer Agitation heuchlerisch erklärt, sie sei gegen den Krieg, gegen Gewaltanwendung, sie ist, wie der Menschewistenprozeß zeigt, für den gewaltsamen Aufstand gegen die Arbeiterregierung in der Sowjetunion, für die bewaffnete Inter-

vention. Sie überschüttet die Sowjetunion mit Lügen und Verleumdungen. Sie leistet dem Beute- und blutigen Imperialismus Hilfsdienste.

In diesem Zeichen führt die SPD. ihren Parteitag als den Parteitag der internationalen Helfer der Konterrevolution.

Die Linken

Die „Linken“, die auf den Parteitag auftreten werden, sind ein prinzipienloses Klüßchen von radikalen Maulhelden, denen jeder Mut zur Konsequenz fehlt. Ihre einzige Sorge auf diesem Parteitag ist die, die auch die Sorge ihrer Abstammung war, die Massen bei der Partei zu halten. Sie winseln den Parteivorstand an, doch nicht so hart mit ihnen umzuspringen, doch zu begreifen, daß sie dieses Manöver notwendig hatten. Der Parteivorstand betrachtet diese Dinge anders. Die Zuspitzung der Lage zwingt die SPD. immer mehr und offener die faschistische Politik zu betreiben. Die Zuspitzung der Lage engt die Manövrierfähigkeit der „Linken“ ein. Der Parteivorstand grölt den „Linken“, daß sie nicht eher einschwenken und geschickter die Massen mit sich ziehen. Zwischen der Radikalisierung und Empörung der Massen und ihrer eigenen konterrevolutionären Grundeinstellung werden die „Linken“ die Gefangenen ihrer eigenen Demagogie. Die Massen der Arbeiter schwenken jetzt nicht mehr mit, sondern ab. Und in diesem Sinne wurde die Haltung der „Linken“ ein Verhängnis für die SPD. Darum soll jetzt Schluß werden. Aber die Empörung der Massen treibt die „Linken“ weiter, treibt Seydewitz zu seiner Erklärung, „lieber zehnmal mit den kommunistischen Arbeitern zu gehen, als einmal mit Gröner“. Diese Erklärung gibt Seydewitz nicht, weil er so gehen will, aber die Arbeiter wollen so gehen.

Diese Arbeiter aber will Seydewitz an Wels binden. Er will sie mit Wels zu Brüning und mit Tarnow-Leipart zu Hindenburg und in die erbärmlichste Lohnnechtschaft führen. Deswegen schreiten die „Linken“ in allen Tonarten für die Erhaltung der Einheit der SPD.

„Wir haben uns entschieden für die Erhaltung aller der durch die Entwicklung der letzten Wochen Enttäuschten bei der Partei, für die Geschlossenheit und Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung“

einsetzt. Sie schreiben, daß sie verhindert haben, daß Tausende weglaufen, „dem niemand will die Spaltung“ so schreibt Rosenfeld. Und Böckel schreibt: „Wer auf eine Spaltung der Sozialdemokraten wartet, der hat auf Sand gebaut.“ Der Bezirksparteitag Chemnitz, der sich hinter die neun stellte, bestätigt, daß die neun mit dem Parteivorstand in der Gesamtpolitik absolut einer Meinung sind. In seiner Entschließung heißt es:

„Der Bezirksparteitag erkennt ohne weiteres an, daß die Fraktionsmehrheit und Fraktionsminderheit, die Verschiedenheit der Abstimmung nicht der Verschiedenheit einer Idee entspringt, sondern nur einer anderen Auffassung über die Mittel entspringt, die unserer Partei dienen.“

Und so, wie der lose, uneinheitliche Haufe der sächsischen SPD.-Führer den Wels und Konsorten ohne Ergebniserklärung nach der anderen abräubt, so auch die anderen Oppositionshelden. Oettinghaus erklärt in einer Versammlung in Dortmund:

„Parteidisziplin sei eine selbstverständliche Sache. Ohne sie könne keine Partei bestehen... Es sei kein Zweifel daran, daß die Parteileitung es mit ihrer Politik ehrlich meint, daß ihre Stellungnahme gerade in der Panzerkreuzerfrage nach bestem Wissen und Gewissen erfolgt sei.“

Diese „Linken“ spielten immer dasselbe Spiel. Schon auf und vor dem Kieler Parteitag vollführten sie dasselbe Manöver wie jetzt. Damals sprachen und schrieben sie in allen Tonarten gegen den Panzerkreuzer A. Damals schrieb Seeger im Heft 5, Jahrgang I, des „Klassenkampf“:

„In puncto Reichswehr müssen wir folgendes tun: Ablehnung des Erats, der durch die von uns zu beantragende Änderung der Abstimmungsverordnung sehr wohl als Einzelstet zur Abstimmung gebracht werden kann, mindestens Abgabe einer scharfen, ganz eindeutigen, jede Phrase über den Kampf um die Sache der Reichswehr ersparenden Erklärung bei der Abstimmung.“

Das kennzeichnet die ganze Haltung der „Linken“. Ablehnung, oder — wenigstens Abgabe einer Erklärung. Das ist wirklich eine besondere Konsequenz, die das Geheimnis der „Linken“ ist. In der Leipziger Volkszeitung aber verlangte am 9. 2. 27 ein „republikanisches Heer“ und eine „demokratische Wehr“. Was sie darunter verstand, blieb auch das Geheimnis ihrer Redaktionsstube.

Nach Kiel setzten dann die „Linken“ alle Kräfte ein, für die Einheit der SPD. zu wirken. Genau wie jetzt. Betreiben denn die „Linken“ eine andere Politik wie die gesamte SPD.? Keineswegs. Sie haben alle Abstimmungen der Reichstagsfraktion mit durchgeführt, sie stimmten für den Raub der Sozialrente, gegen Mittel für Arbeitsbeschaffung und für die Bekämpfung der Kindersterblichkeit. Sie stimmten für den Wehretat, in dem die Gelder für den Panzerkreuzer enthalten sind. Sie sprachen dem Reichswehrminister Gröner das Vertrauen aus und lehnten den Mißtrauensantrag der KPD. ab.

In Sachen betreiben die „Linken“ dieselbe Politik wie im Reich, sie unterstützen die reaktionäre Regierung Schlieck. Und im Kampf gegen streikende Arbeiter stehen „linke“ und „rechte“ Sozialdemokraten in einer Front bei den Unternehmern zur Lohnabbauoffensive.

Von den „Linken“ haben die Arbeiter auf dem Parteitag nichts zu erwarten, und die Erklärungen Oettinghaus, Zeiglers und Grafs dienen dem Zweck, auf dem Parteitag die Frage der Disziplin in den Vordergrund zu stellen, um damit die politischen Fragen zu verschleiern.

Der Parteitag wird den Panzerkreuzerkurs steuern, und die „Linken“ werden Dienst tun und die Arbeiter einladen, bei der SPD. zu bleiben.

Verlaßt die Partei des Bankrotts und des Verrats

Marschliert in der roten Front unter Führung der KPD.

Einheit der SPD., das heißt: die SPD. als Hilfsarmee der Reaktion erhalten, das heißt: die Arbeiter als billige Lohnsklaven, als willige Aus-

beutungsobjekte bewahren, das heißt: die Arbeiter an die Brüningpolitik binden und die Arbeiter mit allen Mitteln gegen ihre eigenen Interessen mobilisieren, sie von ihren Interessen ablenken, sie zu Stützen der Quäntelpolitik zu machen, das heißt: die Millionengewinne der Kapitalisten, die Steuererleichterungen für Millionäre, die Subventionen an die Großbourgeoisie, die Massenerwerbslosigkeit, das Massenelend, die Steuerplündererei der Aermsten, den Miet- und Zollwucher, den Lohnabbau und Rentenraub rechtfertigen. Einheit der SPD., Zugehörigkeit zur SPD., das heißt Schwächung des Befreiungskampfes des Proletariats, das heißt Tamows, Braunhals und Leichtners Geschwätz von der „Planwirtschaft des organisierten Kapitalismus“ als bare Münze nehmen. Das heißt Begeisterung aufbringen für die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Das ist höhere Profite für die Unternehmer, weniger Lohn, noch größere Not, das ist die Politik der Diktaturverordnungen bis zur offenen Diktatur betreiben. Das heißt den Faschismus unterstützen und durchführen.

So wird der Leipziger Parteitag die bisher betriebene Politik rechtfertigen, ihre Fortsetzung beschließen. Es wird ein Parteitag der konsequenten Entwicklung der faschistischen Diktatur, des Marsches der SPD.-Führer in diese Diktatur, der Unterstützung der reaktionären Diktaturmaßnahmen durch die SPD., sein.

Aber dieser Parteitag wird und muß auch der Parteitag sein, nach dem die Massenflucht der Arbeiter aus der SPD. im verstärkten Maße erfolgt.

Die Arbeitermassen werden nicht den Weg der SPD.-Führer gehen. Sie gehen nicht den Weg des Bankrotts, denn dieser Weg ist der Marsch in Untergang und Barbarei.

Deswegen kämpfen die Arbeiter unter Führung der KPD., der wirklich marxistischen, der einzigen revolutionären Partei Deutschlands für Brot, Arbeit und Freiheit, für ein Sowjetdeutschland. Dieser Weg aber geht über die Zertrümmerung der SPD.

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., 1931, Berlin C 25.
Verantwortlich für Inhalt und Verlag: Paul Merker, M. d. L., Berlin
Druck: City-Druckerei, Berlin C 25.

DIE Sozialdemokratie AUF DER ANKLAGEBANK

Die Interventions- und Schädlingsarbeit der Menschewiki vor dem Moskauer Volksgericht

Jeder Arbeiter muß die Rolle der II. Internationale bei der Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion, ihre Sabotageakte gegen den sozialistischen Aufbau kennen lernen.

80 Seiten

10 Pfennig

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER • HAMBURG-BERLIN

DER ROTE 1-MARK-ROMAN

Diese Serie ist in Deutschland der erste Vorstoß der proletarischen Literatur auf dem Wege zur Massenliteratur. Mit ihr beginnt eine neue Etappe, sie ist das Massendokument der vom Standpunkt der Arbeiterklasse gestalteten Wirklichkeit. Dies ist notwendig festzustellen, um die besondere Wichtigkeit dieser Reihe zu betonen



Band 1: Hans Marchwiza

STURM AUF ESSEN

Ein Ruhrkumpel berichtet über Leiden und Kampf der Bergarbeiter, die während des Kapp-Putsches heldenhaft gegen die Reaktion kämpften.

Band 2: Klaus Neukrantz

BARRIKADEN AM WEDDING

Der Roman des Blutmai 1929. Das Arbeiter-Berlin im Zeichen des Massenaufmarsches der Werkstätten. Die Geschichte der Kämpfe in der Ködener Straße.

Band 3: B. Orschansky

ZWISCHEN DEN FRONTEN

Tscheka und Ochrana messen ihre Kräfte. Ein Spionageroman aus der heroischen Zeit der russischen Revolution.

Band 4: Willy Bredel

MASCHINENFABRIK N. & K.

Eine Reportage aus dem proletarischen Alltag. Ein Prolet beschreibt das Leben, die Arbeit und den Kampf in einer Fabrik.

Band 5: Franz Krey

MARIA UND DER PARAGRAPH

Ein Roman um § 218. Der Autor zeigt hier die Auswirkungen des Abtreibungsparagraphen: über 2000 Tote jährlich, Erpressungen, Morde, Gefängnisstrafen.

Jeder Roman in farbigem Karton RM. 1.—

in Halbleinen RM. 2.— / Überall erhältlich

INTERNATIONALER ARBEITER - VERLAG
BERLIN C 25, KLEINE ALEXANDERSTRASSE 28